

Flucht; weit über 100 000 flüchteten über die Grenzen in den Tschad, wo sie fast völlig auf die Hilfe internationaler Organisationen angewiesen sind.

In einer anderen Konfliktregion des Landes zeichnet sich hingegen eine zumindest kurzfristige Lösung ab. Am 26. Mai wurde nach über 20 Jahren Bürgerkrieg ein Friedensvertrag mit der südsudanesischen SPLA unterschrieben. Allerdings basiert das Abkommen mit der Rebellenorganisation John Garangs primär auf der Aufteilung von Einflussphären und Ressourcen, insbesondere bezüglich der Ölförderung in Südkordofan, das zum Nordsudan zählt, und Upper Nile, das zu den südsudanesischen Provinzen gerechnet wird. Von einer umfassenden Demokratisierung des Landes ist dagegen bisher keine Rede. Die bisherigen Erfahrungen mit dem islamistischen Militärregime lassen vielmehr Befürchtungen berechtigt erscheinen, wonach die Regierung lediglich eine Atempause gewinnen will, um im Westsudan mit aller Gewalt und den im Süden freigesetzten militärischen Ressourcen den Krieg zu Ende zu führen. Damit wäre jedoch auch der neu gewonnene Frieden im Süden des Landes wohl allenfalls ein Frieden auf Zeit.

Thomas Schmidinger

Abzug aus Gaza?

Im Dezember 2003 bekundete Israels Premierminister Ariel Scharon erstmalig seine Absicht einer einseitigen Abkopplung („unilateral disengagement“) von den Palästinensern. Dabei betonte er, dass Israel sich gezwungen sehe, einseitige Maßnahmen zu ergreifen,

weil es auf palästinensischer Seite keinen Partner gebe, mit dem es verhandeln und die *Roadmap* zu einer Friedenslösung umsetzen könne. Im Frühjahr 2004 konkretisierte Scharon, dass die Abkopplung neben dem Bau von Sperranlagen in der Westbank auch den Abzug aus jenen Gebieten umfassen soll, in denen nach einem endgültigen Abkommen mit den Palästinensern ohnehin keine Israelis mehr leben werden: aus dem Gazastreifen und einigen isolierten Siedlungen in der nördlichen Westbank. George W. Bush lobte die geplanten Maßnahmen als historisch und mutig und sagte amerikanische Unterstützung zu.

In einem Brief an den amerikanischen Präsidenten vom 14. April konkretisierte Scharon die Rückzugspläne: Demnach will er bis Ende 2005 sämtliche Siedlungen und Militäranlagen im Gazastreifen sowie vier Siedlungen (Ganim, Kadim, Sa-Nur, Homesh) und Militäranlagen in der nördlichen Westbank räumen.¹ Bestehende israelisch-palästinensische Abkommen sollen grundsätzlich weiter gelten, Strom und Wasser nach wie vor von Israel zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig behält sich Israel die Kontrolle über alle Landgrenzen, den Luftraum und die maritimen Grenzen sowie das Recht auf präventive Maßnahmen und militärische Vergeltung in den geräumten Gebieten vor. Zudem will es zunächst die Kontrolle über die Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten („Philadelphi-Route“) behalten und den Grenzstreifen verbreitern, wenn es dies als notwendig erachtet. Die Wiedereröffnung von Hafen und Flughafen wird vorläufig ausgeschlossen. Der Gazastreifen soll demilitarisiert sein; eine ausländische Präsenz soll es nur mit israelischer Zustimmung geben. Israel sieht mit dem Abzug die Besetzung des Gazastreifens als beendet an und schließt jegliche weitere Verantwor-

* Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Papier der Verfasserin unter dem Titel „Abzug aus dem Gazastreifen. Chance für eine neue Dynamik in Nahost?“ SWP-Aktuell 19, April 2004.

¹ Israel Ministry of Foreign Affairs, The Disengagement Plan. General Outline, 18.4.2004, www.mfa.gov.il/.

tung für die dortige Bevölkerung aus. Im Gegenzug gedenkt Israel, bestimmte Gebiete in der Westbank auch langfristig nicht zu räumen: die großen Siedlungsböcke, Sicherheitszonen sowie weitere Gebiete, in denen Israel besondere Interessen hat.

Noch ist allerdings keineswegs sicher, ob der Abkopplungsplan von israelischer Seite jemals in die Tat umgesetzt werden wird. Am 2. Mai 2004 haben zunächst die Mitglieder des Likud über ihn abgestimmt. Rund die Hälfte der nahezu 200 000 Parteimitglieder nahmen an dem Referendum teil; etwa 60 Prozent von ihnen – und damit weniger als ein Prozent der Bevölkerung – stimmten gegen den Plan. Im Anschluss hat der israelische Premier jedoch deutlich gemacht, dass er die Entscheidung der Partei nicht als bindend betrachtet und weiterhin entschlossen ist, seinen Plan umzusetzen. Dabei kann er sich auf eine komfortable Mehrheit in der Bevölkerung stützen – Umfragen gehen von 60 bis 70 Prozent aus.² Am 6. Juni 2004 hat sich das israelische Kabinett grundsätzlich auf den Abkopplungsplan und die Einleitung diesbezüglicher Vorbereitungen geeinigt. Dem waren heftige Kontroversen und die Entlassung von zwei Ministern der Nationalen Union durch Scharon vorangegangen, um die erforderliche Kabinettsmehrheit herzustellen. Nach dem modifizierten Plan sollen die Siedlungen nun in vier Phasen geräumt (und danach zerstört) werden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Kabinett dem jeweils vorher zustimmt.³ Außerdem soll Ägypten nun in die Umsetzung des Plans eingebunden werden: bei der Grenzsicherung zwischen Gaza und Ägypten, bei der Reform und dem Training der palästinensischen Si-

cherheitskräfte und bei der Koordination mit den Palästinensern.⁴ Aufgrund der modifizierten Vereinbarung sind im Kabinett weitere Auseinandersetzungen über die konkreten Räumungen und weitere Rücktritte zu erwarten, ebenso wie eine Serie von Misstrauensanträgen. Schon jetzt kann Scharon sich nicht mehr auf eine Mehrheit in der Knesset stützen. Die Labor-Partei hat zugesagt, der Regierung ein Sicherheitsnetz für den Rückzug zu bieten; letztlich sind aber auch vorgezogene Neuwahlen nicht ausgeschlossen.

Wiedereinstieg in den Friedensprozess?

Die Frage, ob der Scharon-Plan einen Schritt in Richtung Konfliktlösung und Frieden darstellt, muss zunächst negativ beantwortet werden. Denn der unilaterale Ansatz und die Intensivierung der Militäroperationen, begleitet von Bekundungen Scharons, dass der Plan die palästinensischen Hoffnungen auf Staatlichkeit langfristig beerdigen werde, dienen gerade nicht der Vertrauensbildung. Sie widersprechen zudem dem Ansatz der *Roadmap*, der parallele und simultane Maßnahmen beider Parteien vorsieht. Der Plan zielt darüber hinaus nicht auf eine beidseitig akzeptable Konfliktregelung ab. Er leitet nicht einmal das Ende der Besatzungsherrschaft über die geräumten Gebiete ein: Israel zieht lediglich die Siedlerbevölkerung und das Militär aus diesen Gebieten ab, behält sich dort aber alle wesentlichen Kompetenzen vor.

Insbesondere schafft der Abzug aus den Siedlungen der nördlichen Westbank zwar lokal eine gewisse territoriale Kontinuität, der gleichzeitige (wenn auch als vorläufig deklarierte) Ausbau der Sperranlagen, die teilweise kilome-

2 Vgl. Ephraim Yaar und Tamar Hermann, *Peace Index*. May 2004, Tel Aviv 6/2004, www.tau.ac.il/peace.

3 Die vom Kabinett verabschiedete Fassung nennt sich nun „The revised disengagement plan“. Vgl. Aluf Benn, *What's been approved, what's changed*, in: „Haaretz Internet Edition“, 7.6.2004.

4 Schon Mitte Juni 2004 sollten die ersten ägyptischen Sicherheitsberater im Gazastreifen eintreffen. Allerdings hat Ägypten sein Engagement an verschiedene Bedingungen geknüpft, die zunächst von Israel und der PA zu erfüllen seien.

terweit in die Westbank hineinreichen, zerstückelt aber zugleich die palästinensischen Gebiete und trennt große Teile der landwirtschaftlichen Flächen und der Wasserressourcen von ihnen ab. Nach Fertigstellung des westlichen Teils der Sperranlagen werden de facto rund 20 Prozent der Fläche der Westbank annektiert worden sein; bleibt zudem – wie vorgesehen – der Jordangraben unter israelischer Kontrolle, werden insgesamt sogar rund 45 Prozent der Westbank faktisch annektiert. Zudem wird Ost-Jerusalem als wichtiges soziales, kulturell-religiöses, ökonomisches und Dienstleistungszentrum sowie als Verkehrsknotenpunkt zwischen südlicher und nördlicher Westbank durch die Sperranlagen vollständig von seinem Umland isoliert. Somit steht der Scharon-Plan der Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates und damit der Realisierung einer tragfähigen Zwei-Staaten-Lösung diametral entgegen.⁵

Kurz- bis mittelfristig dürfte das Hauptproblem des Planes darin liegen, dass sich die Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen durch den israelischen Abzug kaum verbessern wird. Natürlich wird es eine Erleichterung sein, wenn sie nicht mehr ständig von internen Absperrungen betroffen ist und sich wenigstens innerhalb des 365 qkm großen Gebietes – das entspricht der Fläche Bremens – frei bewegen kann. Wesentlich wichtiger aber sind für die rund 1,3 Millionen Einwohner der Zugang zu Arbeitsplätzen in Israel und der Warenaustausch mit dem Ausland. Infolge der israelischen Abriegelungspolitik beträgt die Arbeitslosigkeit heute 30 bis 50 Prozent, rund drei Viertel der Bevölkerung leben unterhalb der Armutschwelle, ein großer Teil ist von internationalen Hilfslieferungen abhängig.

Und dennoch ist die Räumung von Siedlungen – und seien sie im Einzelnen auch demographisch und strategisch un-

bedeutend – grundsätzlich richtig. Sie birgt zudem die Chance, der israelischen Bevölkerung zu demonstrieren, dass die Auflösung von Siedlungen auch in „Samarita und Judäa“ tatsächlich möglich ist – ohne dass es dabei zu einem innerisraelischen Bürgerkrieg kommt. Dies wird es jeder Nachfolgeregierung leichter machen, Siedlungen auch in größerem Umfang zu räumen und letztlich ein Ende der Besatzung herbeizuführen.

Was tun?

Die EU sollte den angestrebten Abzug israelischer Truppen und Siedler aus dem Gazastreifen und aus Teilen der Westbank unterstützen und diese Chance nutzen, um eine neue Dynamik in den festgefahrenen *Roadmap*-Prozess zu bringen, statt lediglich immer wieder auf den Quartett-Plan als den einzigen Weg der Konfliktlösung zu verweisen.⁶ Dies verlangt allerdings, nicht nur Forderungen an die Konfliktparteien zu stellen, sondern auch ernsthaft zu prüfen, inwiefern Europa – gemeinsam mit den USA – bereit ist, jenseits deklaratorischer Politik den unilateralen Ansatz in eine Erfolgsgeschichte zu verwandeln. Ägypten kann sicherlich als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern fungieren. Man sollte sich aber nicht der Illusion hingeben, dass die ägyptische Regierung allein in der Lage ist, die komplexen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abzug und die Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu schaffen.⁷

⁶ Anscheinend bereitet das Quartett derzeit auf Basis seines Statements vom 4.5.2004 einen Aktionsplan vor, um die Vorbereitungen für den Abzug und die Übergabe an die PA voranzutreiben.

⁷ Es ist höchst fraglich, ob ausgerechnet die ägyptischen Sicherheitskräfte die geeignetsten sind, um eine nicht nur effektive, sondern auch mit internationalen Menschenrechtsstandards zu vereinbarende Terrorismusbekämpfung anzuleiten. Die ägyptische Einbeziehung birgt vor allem die Gefahr einer regionalen Eskalation. Vgl. die Beiträge in: *The Egyptian Role in the Disengagement Plan*, in: „Bitterlemons“, 7.6.2004, www.bitterlemons.org.

⁵ Vgl. Menachem Klein, *A Path to Peace. Scharon's Disengagement Plan or the Geneva Accord?*, Washington, 7.5.2004, www.fmep.org/.

Zunächst gilt es darauf zu drängen, dass die Vorbereitungen für den Abzug umgehend eingeleitet werden und dieser schnellstmöglich begonnen und abgeschlossen wird. Denn der im Scharon-Plan vorgesehene Termin Ende 2005 projiziert einen Zeitraum von einhalb Jahren, in denen sowohl die militanten Gruppierungen als auch die israelische Regierung durch eine Ausweitung der Gewalt zu beweisen versuchen werden, dass der Abzug als ihr Sieg zu gelten habe. Die Auseinandersetzungen im Gazastreifen seit der zweiten Maiwoche haben einen Eindruck davon vermittelt, wie eine solche Eskalation aussehen könnte.

Es wird des weiteren darum gehen, die Modalitäten des Abzugs und der Übergabe von Sicherheitsverantwortung und von Infrastruktur an die Palästinensische Autorität (PA) zu klären. Dazu müssen Israel und die PA einen Plan ausarbeiten, der die Termine für den Abzug und die Übergabe festlegt und deutlich macht, welche Kapazitäten die PA für die Übernahme zur Verfügung stellen und welche Hilfestellungen die internationale Gemeinschaft leisten kann. Das Nahost-Quartett (USA, Russland, UNO, EU) sollte in diesem Prozess eine aktive Rolle spielen, indem es die Abmachungen festhält und ihre Umsetzung überwacht.

Die internationale Gemeinschaft kann überdies dazu beitragen, dass der Abzug zu einem erfolgreichen Unternehmen für die ansässige Bevölkerung wird, indem sie den Wiederaufbau in den geräumten Gebieten großzügig unterstützt und durch massive Investitionen einen ökonomischen Aufwärtstrend in Gang setzt. Dies kann allerdings nur dann gelingen, wenn der Gazastreifen nicht länger weitgehend ökonomisch abgeschnitten ist. Hier gilt es, die israelische Regierung in die Verantwortung zu nehmen, damit diese die nötigen Voraussetzungen schafft: Insbesondere muss der Zugang zu den internationalen Märkten sowohl über Land als auch durch den Wiederaufbau

des Hafens und Flughafens ermöglicht werden. Kurzfristig muss die Zahl der Arbeitsgenehmigungen in Israel massiv erhöht werden; mittel- bis langfristig können Arbeitsplätze dann auch in *Joint Ventures* im Gazastreifen oder an der Grenze zu Ägypten entstehen.

Für die Aufrechterhaltung der Sicherheit ist schließlich dreierlei erforderlich: Erstens ist es von essenzieller Bedeutung, die moderaten islamistischen Kräfte in den politischen Prozess und in politische Verantwortung einzubinden, um der PA die Legitimität zu geben, im Gazastreifen für Recht und Ordnung zu sorgen und Angriffe auf Israel weitestgehend zu verhindern. Zweitens ist eine internationale Unterstützung der palästinensischen Sicherheitsorgane geboten. Dabei geht es neben dem derzeit schon geleisteten Training der Sicherheitskräfte auch um die Frage einer internationalen Präsenz. Es wird zu ihren Aufgaben gehören müssen, gemeinsam mit der PA die Bevölkerung zu entwaffnen und gegen Gruppierungen vorzugehen, die weiterhin Angriffe auf Israel planen. Nur wenn dies gelingt, wird Israel keine präemptiven oder reaktiven Militärschläge mehr durchführen und die Gewaltspirale sich damit durchbrechen lassen. Von palästinensischer Seite würde eine solche Präsenz überwiegend begrüßt werden – wenn sie als Schritt auf dem Weg zum absehbaren vollständigen Ende der Besatzung und nicht als Instrument zu deren Verfestigung wahrgenommen wird. Daher wird es drittens für das Nahost-Quartett darum gehen, den Abzug in den *Roadmap*-Prozess zu integrieren und die dritte Phase der *Roadmap* auszubuchstabieren, um ihr ein eindeutiges Ziel zu geben. Ohne ein solches aktives internationales Engagement zur (Wieder-)Belebung der *Roadmap* wird die Umsetzung des Scharon-Planes lediglich dazu beitragen, eine tragfähige Zwei-Staaten-Lösung letztlich zu verhindern.

Muriel Asseburg